

Runder Tisch zum Gleichstrom-Umspannwerk für ULTRANET - Verlaufsprotokoll

Termin:

Donnerstag, 3. Dezember 2015, 9:30 - 11:30 Uhr

Ort:

Hotel ACHAT Premium Walldorf/Reilingen, Reilingen

Teilnehmer runder Tisch:

Name	Funktion / Institution
Hartmut Beck	Bürgermeister Gemeinde Altlußheim
Fabian Böttger	Protokoll, Projektteam ULTRANET
Dr. Henning Buschbaum	Projektteam ULTRANET, TransnetBW
Maria Dehmer	Projektteam ULTRANET, TransnetBW
Dr. Alexander Eger	Bürgermeister Gemeinde St. Leon-Rot
Christian Engel	Fachbereich Bauen und Wohnen, Stadt Hockenheim
Dr. Werner Götz	Geschäftsführer TransnetBW
Prof. Dr. Gerd Hager	Verbandsdirektor, Regionalverband Mittlerer Oberrhein
Walter Heiler	MdL, Oberbürgermeister Stadt Waghäusel
Michael Hörner	BI Konverter21
Dr. Dirk Herrmann	Rechtsanwalt, Rechtsberater Philippsburg, Deubner & Kirchberg Rechtsanwälte
Stefan Hildebrandt	Dezernent für Umwelt/Technik (Dezernat IV), Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis
Judith Hirschmann	Referat N11, Bundesnetzagentur
Ulli Hockenberger	Bürgermeister Stadt Bruchsal
Gunther Hoffmann	Bürgermeister Gemeinde Neulußheim
Manfred Hopfau	Regionalreferent, Verband Region Rhein-Neckar
Melanie Horn	Büro des Bürgermeisters, Gemeinde Oberhausen-Rheinhausen
Regina König	Unternehmenskommunikation, TransnetBW
Bernd Lang	Projektteam ULTRANET, TransnetBW
Wolfgang Mader	Projektleiter ULTRANET, TransnetBW
Stefan Martus	Bürgermeister Stadt Philippsburg
Werner Most	BI Konverter21
Sabine Reiff	Referat N11, Bundesnetzagentur
Stefan Schneider	Bereich Koordination, Landratsamt Karlsruhe
Helga Steinel-Hofmann	Leiterin Fachdienst 31, Umweltschutzbeauftragte, Stadt Philippsburg
Stefan Weisbrod	Bürgermeister Gemeinde Reilingen

Ablauf:

- / 9:30 Uhr: Eröffnung der Sitzung **Frau Dehmer**
- / 9:35 Uhr: Begrüßung und Einführung **Herr Dr. Götz**
- / 9:45 Uhr: Vorstellung Ergebnis der Standortprüfung und Darstellung zum Standort Kernkraftwerk Philippsburg **Herr Lang und Herr Mader**
- / 10:35 Uhr: Diskussion, Moderation **Frau Dehmer**
- / 11:20 Uhr: Zusammenfassung und Ausblick **Frau Dehmer**
- / 11:30 Uhr: Ende

1. ERÖFFNUNG DER SITZUNG UND BEGRÜßUNG

Nach einer kurzen Eröffnung der Sitzung durch **Frau Dehmer** übergibt sie das Wort an Herrn Dr. Götz.

Herr Dr. Götz begrüßt die Anwesenden und führt kurz in die Situation ein: Am Montag sei die Öffentlichkeit und die Presse darüber informiert worden, dass TransnetBW entschieden habe, mit der Planung, das Gleichstrom-Umspannwerk auf dem Standort Altrhein zu errichten, ins Genehmigungsverfahren zu gehen. Die Presse habe seither bereits darüber berichtet. Nachdem die Standortprüfung mit der Entscheidung für die Fläche Altrhein abgeschlossen sei, solle der Prozess, der zu dieser Entscheidung geführt hat, im Rahmen des Runden Tisches vorgestellt werden. TransnetBW gehe es darum, alle Prozessbeteiligten einzubinden und zu informieren. Aus diesem Grund gehe es heute darum, Fragen zu beantworten und die Standortfindung zu besprechen. In diesem Zusammenhang betont Herr Dr. Götz, dass im Sinne einer möglichst großen Offenheit alle Fragen erlaubt seien.

Frau Dehmer stellt die Planung für den weiteren Ablauf der Sitzung vor und betont, dass die Teilnehmer eingeladen seien, auch während der Vorträge von Herrn Lang zum Prozess der Standortfindung und von Herrn Mader zum Standort Kernkraftwerk Philippsburg Zwischenfragen zu stellen. Im Anschluss an die Vorträge sei eine Diskussion vorgesehen. Ergänzend weist sie darauf hin, dass sich im Raum ein Tisch mit Infomaterial befindet.

Als Ziel des Runden Tisches formuliert Frau Dehmer, den Teilnehmern darzulegen, wie TransnetBW zur Entscheidung für den Standort Altrhein gelangt sei. Im Zusammenhang mit dieser Entscheidung verweist sie auf die Äußerung von Herrn Otte von der Bundesnetzagentur, der im Rahmen des Techniktages zum Konverter vor etwa 14 Tagen betont habe, dass die Auswahl des Standortes für das Gleichstrom-Umspannwerk allein in der Verantwortung des Vorhabenträgers läge. Eine Beteiligung der Betroffenen, wie sie auch von der Bundesnetzagentur gewünscht sei, habe TransnetBW über den gesamten Prozess durchgeführt. Allerdings müsse in diesem Zusammenhang bedacht werden, dass diese Beteiligung im Rahmen der Vorplanung informell und freiwillig sei. Ferner führt Frau Dehmer aus, dass im Rahmen der Vorplanung, in der die Standortfindung erfolgt sei, bereits zahlreiche Prüfungen stattgefunden hätten, die auch bereits für die Vorbereitung der Antragsunterlagen fürs Genehmigungsverfahren verwendet würden. In diesem Sinne sei man auch bei den nun anstehenden Prüfungen dankbar für Hinweise aus der Region.

2. VORSTELLUNG ERGEBNIS DER STANDORTPRÜFUNG UND DARSTELLUNG ZUM STANDORT KERNKRAFTWERK PHILIPPSBURG

Herr Lang legt nochmals den Prozess der Standortfindung und die Gründe für die Entscheidung für den Standort Altrhein dar (siehe hierzu die Präsentation - Anlage zum Protokoll).

Zwischenfrage von **Frau Steinel-Hofmann** bzgl. der Kartierung von Fledermäusen. **Herr Lang** äußert hierzu, dass Zwischenberichte für die Kartierungen zum Vorkommen einzelner Tierarten auf der Fläche Altrhein vorlägen und er diese Information gerne nachreichen werde.

Zwischenfrage **Frau Reiff** zur Überschrift der Vortragsfolie „Hexenblättelallee/Aktion TNG“, was mit „Aktion TNG“ gemeint sei. **Herr Mader** erklärt hierzu, dass TNG für Transportnetz GmbH, den früheren Namen von TransnetBW stehe.

Herr Mader stellt dar, weshalb das Gleichstrom-Umspannwerk nicht auf dem Gelände des Kernkraftwerks Philippsburg untergebracht werden könne (siehe hierzu die Präsentation - Anlage zum Protokoll).

Im Rahmen seines Vortrags führt Herr Mader aus, dass Block 2 des KKP noch bis 2019 laufen werde. Hierzu merkt **Herr Martus** an, dass man mit einer solchen Äußerung vorsichtig sein müsse. Grafenrheinfeld sei schließlich auch ein halbes Jahr vor dem gesetzlich festgelegten Ende der Laufzeit vom Netz genommen worden.

3. DISKUSSION

Herr Beck merkt anknüpfend an die Ausführungen von Herrn Mader zur Prüfung des Kernkraftwerksgeländes an, dass, wenn das Gleichstrom-Umspannwerk auf dem Gelände des Kernkraftwerks nicht untergebracht werden könne, geprüft werden müsse, wo er dann untergebracht werden könne. **Herr Mader** zeigt daraufhin nochmals die Präsentationsfolie mit der Visualisierung des Gleichstrom-Umspannwerks auf der Fläche Altrhein, auf der deutlich sichtbar ist, dass das Gleichstrom-Umspannwerk auf der Fläche Altrhein unmittelbar neben dem Kernkraftwerksgelände errichtet würde.

Herr Prof. Hager bedankt sich für die Präsentation sowie für die Offenheit und Transparenz von TransnetBW. Das Unternehmen habe alle Informationen bereits frühzeitig auf den Tisch gelegt. Daran anknüpfend spricht Prof. Hager die folgenden Punkte an:

- / Er fragt nach der Roadmap für den weiteren Prozess und die Zeitschiene für das Genehmigungsverfahren.
- / Außerdem weist er darauf hin, dass es Festlegungen in der Regionalplanung gäbe und bittet darum, dass diese in den Unterlagen der TransnetBW auch so bezeichnet werden.
- / Im Hinblick auf den Grünzug im Bereich der Fläche Altrhein weist er darauf hin, dass es hierzu eine Festlegung im Regionalplan gäbe, die eine Ausnahmeregelung nur zuließe, wenn das Gleichstrom-Umspannwerk als ein privilegiertes Vorhaben klassifiziert werde. Hier komme nach seiner Einschätzung nur eine Ausnahme auf Grundlage von §35 Abs.1 Nr. 4 BauGB in Frage. Ihn interessiere, wie dies von TransnetBW beurteilt werde.

- / Außerdem spricht er an, dass man im Regionalverband genau wissen wolle, wie es mit einem Standort auf dem Gelände des Kernkraftwerks stehe, nachdem dies aus Sicht des Regionalverbands und der Kommunen die beste Fläche für das Gleichstrom-Umspannwerk wäre.
- / Abschließend fragt er noch zum Thema Trinkwasserschutz, dass er allerdings selbst als unkritisch ansähe.

Frau Dehmer fragt eingangs nach, ob die Äußerungen von Prof. Hager als Einladung zum Austausch im Regionalverband verstanden werden könne und bietet an, dass TransnetBW hierfür gerne in die Verbandsversammlung kommen werde. Bezüglich des zweiten angesprochenen Punkts bedankt sich Frau Dehmer für den Hinweis und kündigt an, dass entsprechende Formulierungen in den aktuellen Unterlagen von TransnetBW geprüft würden.

Herr Dr. Götz führt im Hinblick auf die erste Frage von Herrn Prof. Hager aus, dass bei TransnetBW beide Verfahrensoptionen – eine Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für die Leitung – als möglich angesehen würden. Eine Genehmigung nach BImSchG biete zweifellos zeitliche Vorteile, was angesichts des Realisierungszeitraums wichtig sei. Zugleich sei das Genehmigungsverfahren aber nur bei einem hohen Maß an Akzeptanz sinnvoll. Eine solche Akzeptanz sei in Philippsburg zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ganz gegeben. Wenn sie erreicht werden könne, würde eine Genehmigung nach dem BImSchG aber zweifellos seitens TransnetBW bevorzugt. TransnetBW werde den Dialog mit der Stadt Philippsburg und den Bürgern nun intensiv fortführen.

Herr Dr. Buschbaum ergänzt zum Thema Grünzug (dritter Punkt von Herrn Prof. Hager), dass die im Regionalplan Mittlerer Oberrhein enthaltene Ausnahmemöglichkeit nach Auffassung der TransnetBW GmbH erfüllbar sei. Damit könnte ein Verstoß gegen Ziele der Raumordnung vermieden werden. Das Thema müsste jedoch für das Genehmigungsverfahren gut begründet aufbereitet und mit der Zulassungsbehörde abgestimmt werden.

Im Hinblick auf den Standort Kernkraftwerksgelände (vierter Punkt von Herrn Prof. Hager) führt **Herr Mader** aus, dass das Design für das Gleichstrom-Umspannwerk technisch weitgehend vorgegeben sei. Die Entwicklung des Designs sei im Rahmen der bisherigen Planung dem Ziel gefolgt, eine möglichst kompakte Bauweise zu erreichen und die Emissionen zu minimieren. Die Varianz für das Design sei daher gering. Im Hinblick auf eine mögliche Realisierung auf dem Gelände des Kernkraftwerks seien etwa 20 Varianten geprüft worden, allerdings habe sich dabei keine machbare Option gezeigt. **Herr Martus** wirft hierzu ein, dass man in verschiedenen Bereichen wie bei der Entwicklung bei Mobiltelefonen sehen könne, dass im Hinblick auf die Miniaturisierung von Technologien viel möglich sei. Dies müsse auch bei der Planung des Gleichstrom-Umspannwerks berücksichtigt werden.

Zum Thema Trinkwasserschutz (fünfter Punkt von Herrn Prof. Hager) merkt **Herr Lang** an, dass eine Realisierung von Leitungen und Gleichstrom-Umspannwerken im Bereich einer Trinkwasserschutzzone III kein Problem darstelle. Im Zuge der Prüfung möglicher Standorte für das Gleichstrom-Umspannwerk habe man aber wahrgenommen, dass dieses Thema in der Region kritisch gesehen würde, deshalb habe man dieses Kriterium im Ergebnis der Standortanalyse stärker hervorgehoben. **Herr Mader** ergänzt, dass bei allen Komponenten, in denen trinkwassergefährdende Stoffe verwendet werden,

Auffangwannen installiert werden, die im Falle einer Undichtigkeit ein Eindringen dieser Stoffe in den Boden und das Trinkwasser verhindern.

Herr Heiler bekräftigt, dass das Gelände des Kernkraftwerks zweifellos der beste Standort für das Gleichstrom-Umspannwerk sei. Nachdem er bisher auf dem Stand gewesen sei, dass vornehmlich atomrechtliche Gründe diesem Standort entgegenstünden, habe er heute den Eindruck erhalten, dass es vornehmlich technische Gründe seien. Vor diesem Hintergrund bitte er um eine erneute intensive Prüfung ob/wie eine Realisierung auf diesem Gelände ggf. doch möglich wäre. Ergänzend mahnt er bei dem Projekt zur Eile, weil der Zeitrahmen für das Projekt angesichts des Zeitplans für den Ausstieg aus der Kernkraft sehr eng sei. Sollte der Netzausbau nicht rechtzeitig umgesetzt werden können, bestehe das Risiko, dass eine erneute Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken wieder diskutiert und beschlossen würde. Für diesen Fall kündige er selbst bereits jetzt massiven Widerstand gegen eine solche Verlängerung an.

Herr Dr. Götz bedankt sich für den Hinweis auf den Faktor Zeit. Bereits heute zeige sich ein Auseinanderdriften von Erzeugung und Verbrauch. Als Folge seien Redispatchmaßnahmen und Stromimporte, z. B. aus Italien und Österreich, notwendig, was erhebliche Kosten verursache und zu Lasten der Verbraucher gehe. Physikalisch zeige sich eine weitere Herausforderung, weil Strom sich den Weg des geringsten Widerstands suche. Dies führe wegen fehlender Übertragungskapazitäten in Deutschland bereits jetzt zu gefährlichen Ringflüssen des Stroms, die beispielsweise in diesem Sommer zu einer Überforderung des Stromnetzes von Polen geführt hätten. Mögliche aktuell diskutierte Reaktionen hierauf wie Handelsbeschränkungen und die Einführung von Preiszonen seien aber auch nicht im Interesse der deutschen Verbraucher, weil sie zu höheren Strompreisen führten. Aus diesem Grund spiele der Faktor Zeit eine so wichtige Rolle.

Herr Dr. Herrmann setzt an dem Punkt an, dass das Design des Gleichstrom-Umspannwerks bisher auf Kompaktheit und möglichst geringe Geräuschmissionen ausgelegt worden sei, und spricht zwei Aspekte an:

- / Könnte das Design des Gleichstrom-Umspannwerks dahingehend modifiziert werden, dass die Anlage doch auf zur Verfügung stehende Flächen auf dem Gelände des Kernkraftwerks eingepasst werden könnte, auch wenn dies höhere Geräuschmissionen zur Folge hätte? Schließlich würden höhere Geräuschmissionen vom Kernkraftwerk und dem bestehenden Umspannwerk ohnehin überlagert?
- / Ergänzend spricht er an, dass es in den Unterlagen von TransnetBW unterschiedliche Werte zur Anzahl der Grundstücke bzw. Grundstückseigentümer bei der Fläche Landstraßenäcker gäbe. Er bittet diesbezüglich um Klärung.

Herr Lang geht insbesondere auf den letzten Punkt ein und führt aus, dass sich die Größe und der Zuschnitt der erforderlichen Fläche wegen des Planungsfortschrittes beim Design des Gleichstrom-Umspannwerkes seit Beginn der Standortsuche und -prüfung mehrfach geändert hätten. Dies habe auch Auswirkungen auf die Anzahl der Grundstücke und der entsprechenden Grundstückseigentümer gehabt, die auf der Fläche Landstraßenäcker betroffen gewesen wären. Hieraus ergäbe sich, dass in den verschiedenen Prüfungsschritten eine unterschiedliche Zahl an betroffenen Grundstückseigentümern vorgelegen hätte. Die Differenz habe sich somit daraus ergeben, dass TransnetBW über den gesamten bisherigen Prozess transparent und nach dem jeweils aktuellen Informationsstand informiert habe. Die Zahl von ca. 86 betroffenen Flurstücken sei das finale Ergebnis. In die Prüfung und Entscheidung sei schließlich eingeflossen, dass es sehr

schwierig wäre, eine einvernehmliche Einigung mit einer so großen Zahl an Eigentümern zu erreichen. Die Zahl der Grundstückseigentümer sei aber nur ein Argument gewesen, das bei der Entscheidung für Altrhein gesprochen habe. Wesentlich wichtiger sei gewesen, dass die Fläche Altrhein aufgrund der bestehenden Leitung und wegen der unmittelbaren Nähe zum Kernkraftwerk bereits vorbelastet sei.

Herr Mader ergänzt (zum ersten Punkt von Herrn Dr. Herrmann), dass beim Kern des Gleichstrom-Umspannwerks – den Hallen und den darin enthaltenen technischen Komponenten – kein Spielraum bestehe. Hier sei die Anordnung der Komponenten durch den Hersteller Siemens vorgegeben. Zudem handle es sich bei den Hallen um Bereiche, die unter Hochspannung stünden und die während des Betriebs nicht betreten werden dürften. Herr Mader führt weiter aus, dass er pauschal nicht sagen könne, inwieweit eine andere Anordnung des Gleichstrom-Umspannwerks möglich sei. Dies werde aber geprüft. **Frau Dehmer** ergänzt hierzu, dass auch eine Aufteilung der Pole geprüft werde.

Herr Prof. Hager äußert daraufhin, dass er verstanden habe, dass beim Kern des Gleichstrom-Umspannwerks keine Variationsmöglichkeiten bestünden, der Rest aber durchaus variabel sei. Dieses Verständnis wird von **Herrn Mader** als richtig bestätigt.

Herr Most merkt an, dass vorrangig Flächen, der öffentlichen Hand, Brachflächen ehemaliger Gewerbegebiete oder Sondergebiete des Bundes bzw. Landes etc. für das Gleichstrom-Umspannwerk genutzt werden sollten. Ein Verbrauch weiterer Flächen müsse vermieden werden. Er betont, dass Privateigentum nicht geringgeschätzt werden dürfe und gewürdigt werden müsse. Ergänzend merkt er in diesem Zusammenhang an, dass die Enteignung von Grundstücken nicht mehr zeitgemäß sei.

Herr Martus ergänzt zum Thema Layout des Gleichstrom-Umspannwerks, dass die Ingenieure von Siemens nach seiner Einschätzung viel möglich machen könnten, sofern sie von TransnetBW den Auftrag zu entsprechenden Prüfungen erhielten. Weiter führt er im Hinblick auf die Option einer Realisierung auf dem Gelände des Kernkraftwerks zum Thema Kühlturm des Blocks 2 aus, dass dieser ursprünglich nur für die Nutzung an 20 Tagen im Jahr geplant worden sei. Er sei laut Genehmigung bei Niedrigwasser und hohen Temperaturen des Rheines notwendig. Aufgrund der Verdopplung des Wasserpfeffnigs auf 1 Cent werde der Kühlturm seit 1998 aber im Dauerbetrieb gefahren. Der Kühlturm von Block 1 sei lediglich auf Basis des BauGB genehmigt, der von Block 2 leider atomrechtlich. Nachdem der Kühlturm nach seiner Einschätzung aber für den Betrieb des Blocks 2 nicht zwingend erforderlich sei, sei es eine zusätzliche Möglichkeit, eine Änderung der atomrechtlichen Genehmigung und einen vorzeitigen Abriss des Kühlturms zu prüfen, wodurch die Fläche verfügbar würde. Ergänzend deutet Herr Martus an, dass eine Akzeptanz des Standortes Altrhein in Philippsburg zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erwarten sei.

Herr Heiler wirft daraufhin die Frage auf, welchen Zweck der weitere Dialog von TransnetBW haben könne, wenn seitens der Stadt Philippsburg bereits jetzt Widerstand und gerichtliche Klagen angekündigt würden, um den Standort Altrhein um jeden Preis zu verhindern.

Herr Dr. Götz bekräftigt daraufhin, dass TransnetBW den Dialog weiterführen und alles daran setzen werde, eine Einigung mit der Stadt Philippsburg zu erreichen. Allerdings betont er auch nochmals den Faktor Zeit, der im Hinblick auf eine Änderung der atomrechtlichen Genehmigung für Block 2 des Kernkraftwerks und auf einen Abriss des entsprechenden Kühlturms in hohem Maße kritisch sei.

Herr Prof. Hager mahnt daraufhin an, dass gerade vor dem Hintergrund des engen Zeitplans für das Projekt eine Realisierung auf dem Kernkraftwerksgelände zeitnah weiter als Option geprüft werden sollte. Schließlich würde dieser Standort ein hohes Maß an Akzeptanz bedeuten.

Herr Martus fragt hierauf nochmals nach dem Design und den Maßen des Gleichstrom-Umspannwerks und verweist auf die Größe der Konverterstationen bei Offshore-Windparks. **Herr Dr. Götz** zeigt ihm daraufhin ein Bild, auf dem die Größenverhältnisse einer solchen Station im Vergleich zum Brandenburger Tor gezeigt werden.

Herr Lang betont hierauf, dass der Dialog mit der Kommune für TransnetBW wichtig sei. Beim Design des Konverters gäbe es noch geringe Spielräume, wie die Blöcke angeordnet werden könnten. Dies und auch nochmals die Einbeziehung des KKP werde bei der weiteren Planung berücksichtigt. Im Hinblick auf das Thema Dialog entgegnet **Herr Martus**, dass er dies mit seinem Gemeinderat abstimmen werde.

4. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Frau Dehmer bedankt sich für die Diskussion und den Austausch beim Runden Tisch und fasst nochmals die Hausaufgaben zusammen, die TransnetBW vom Runden Tisch mitnehme:

- / Veröffentlichung der Unterlagen vom Runden Tisch
- / Versand der Flächenkartierungen bestimmter Tierarten auf den einzelnen Standorten
- / Visuelle Darstellung der Prüfung möglicher Standorte auf dem Gelände des Kernkraftwerks
- / Ausführliche Darlegung der Prüfung des Kernkraftwerkstandorts ggü dem Regionalverband in einem gemeinsamen Termin
- / Überarbeitung der Unterlagen gemäß dem Hinweis von Herrn Prof. Hager: Klarstellung, dass es sich nicht um Vermerke, sondern um Festlegungen im Regionalplan handelt.
- / Erstellung, Abstimmung und Veröffentlichung eines Protokolls zum Runden Tisch
- / Zügig weitere Dialogtermine mit der Stadt Philippsburg

Abschließend greift Frau Dehmer nochmals den Hinweis von Herrn Heiler hinsichtlich des Faktors Zeit auf und betont, dass man sich dieses Punktes bewusst sei. Zudem hätten die Vorhabenträger TransnetBW und Amprion bereits im Zuge der Kommunikation zur Auftragsvergabe für die Gleichstrom-Umspannwerke thematisiert, dass ULTRANET voraussichtlich nicht fristgerecht in Betrieb genommen werden könne. Daher gelte es umso mehr, Verzögerungen zu vermeiden.

Schließlich beendet Frau Dehmer den Runden Tisch und kündigt an, dass die nächsten Runden Tische kleiner und mit Fokus auf die Stadt Philippsburg stattfinden werden. Zugleich werde TransnetBW aber alle auch weiterhin über Entwicklungen im Projekt informieren.